

**Der Landesbeauftragte für  
Menschen mit Behinderung**

Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales  
Oranienstr. 106, 10969 Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen  
Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen  
Frau Katrin Lompscher  
Württembergische Straße 6  
10707 Berlin

Geschäftszeichen (bei Antwort bitte angeben)

LfB

Bearbeiter/in:

Herr Dr. Jürgen Schneider

Zimmer:

E 011

Telefon:

(030) 9028 (Intern: 928) 2917

Telefax:

(030) 9028 (Intern: 928) 2166

Datum:

24.01.2017

nachrichtlich

Bezirksbürgermeister und Bezirksbürgermeisterinnen  
Landesbeirat für Menschen mit Behinderung  
Bezirksbeiräte für Menschen mit Behinderung

Sehr geehrte Frau Senatorin Lompscher,

in der regelmäßig stattfindenden Konferenz der Berliner Beauftragten für Menschen mit Behinderung wurde am 18. Januar 2017 ausführlich die von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen am 16. Januar an die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister verschickte Einladung zur Auftaktwerkstatt zu einem „Toilettenkonzept für Berlin“ am 8. Februar 2017 erörtert.

Das Schreiben enthält den ausdrücklichen Wunsch einer Beteiligung der bezirklichen Behindertenbeauftragten.

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung wurde ebenfalls aus Ihrem Hause gebeten, sich am neuen Toilettenkonzept zu beteiligen und diese Bitte auch von seiner Seite an die Bezirksbeauftragten heranzutragen.

Die rechtzeitige Beteiligung des Landesbeauftragten gemäß § 5 Abs. 3

Landesgleichberechtigungsgesetz wurde bei der bereits 2013 erfolgten Kündigung des Vertrages mit dem bisherigen Betreiber hingegen versäumt.

Die Berliner Beauftragten sehen in dieser Vorgehensweise der Stadtentwicklungsverwaltung den Versuch, Tatsachen zu schaffen und damit das bewährte System der Berliner City-

**Dienstgebäude:** Oranienstraße 106, 10969 Berlin (barrierefreier Zugang der Kategorie D)

**Fahrverbindungen:** U8 Moritzplatz, Bus M29; U6 Kochstr., Bus M29; U2 Spittelmarkt (ca. 10 Min. Fußweg); S1/S2/S25 Anhalter Bahnhof, Bus M29; Bus M29, 248;

**Zahlungen bitte bargeldlos** nur an die Landeshauptkasse, Klosterstr. 59, 10179 Berlin über eine der folgenden Bankverbindungen:

**Bankverbindung 1:** Postbank Berlin IBAN: DE 47 100 100 100 000 058 100 BIC: PBNKDEFF100

**Bankverbindung 2:** Berliner Sparkasse IBAN: DE 25 100 500 000 990 007 600 BIC: BELADEBEXXX

**Bankverbindung 3:** Deutsche Bundesbank IBAN: DE 53 100 000 000 010 001 520 BIC: MARKDEF1100

E-Mail: [LfB@sengs.berlin.de](mailto:LfB@sengs.berlin.de)

Internet: [www.berlin.de/sen/ias/](http://www.berlin.de/sen/ias/)

(Dokumente mit qualifizierter elektronischer Signatur bitte ausschließlich an [post@senias.berlin.de](mailto:post@senias.berlin.de), kein Empfang verschlüsselter Dokumenten!)

Toiletten, die als inklusive, barrierefreie öffentliche Unisextoiletten in fast 25 Jahren ganz wesentlich zur Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen von Menschen mit und ohne Behinderung beigetragen haben, durch fortschreitendes Verwaltungshandeln endgültig abzuwickeln.

Da für die Beauftragten derzeit weder erkennbar ist, welche Verwaltung zukünftig die Verantwortung für funktionierende öffentliche Toiletten tragen soll, noch ob alle Möglichkeiten der Rückabwicklung der bereits erfolgten gesonderten Ausschreibung von Werbeflächen geprüft bzw. ausgeschöpft wurden, haben sie sich einstimmig dafür ausgesprochen, sich derzeit nicht von sich aus an der Abwicklung des bewährten Systems zu beteiligen.

Die Beauftragten sind der Überzeugung, dass die getrennte Ausschreibung der Werbeflächen zur Erzielung von zusätzlichen Einnahmen, der bisherigen Qualitätssicherung des Toilettensystems den Boden entzieht. 25 Jahre Praxis haben gezeigt, dass die öffentliche Akzeptanz von Werbeflächen nur durch ein herausragendes, funktionierendes Produkt zu erzielen war.

Der langjährige Erfolg des bisherigen Betreibers, der sich vor allem einer für den öffentlichen Raum beispiellosen Zuverlässigkeit und Qualität, durchgängiger Betriebsbereitschaft und Verfügbarkeit verdankt, kann auch mit dem besten aller denkbaren Toilettenkonzepte nicht garantiert werden und würde sich letztlich erst in der praktischen Umsetzung eines solchen Konzeptes durch einen neuen Betreiber über einen längeren Zeitraum erweisen.

Das bedeutet, dass insbesondere Menschen, die in besonderer Weise auf ein funktionierendes System angewiesen sind, von allen Unwägbarkeiten der Umstellung und Aufrechterhaltung bisheriger Standorte einmal abgesehen, noch mindestens 3 Jahre nicht wissen, ob es zukünftig ein vergleichbares und verlässliches Angebot wie in den letzten 25 Jahren geben wird.

Die herausragende Bedeutung funktionierender, inklusiver, barrierefreier öffentlicher Unisextoiletten für die Mobilität von Menschen mit Behinderung, die ihnen durch die Vergrößerung ihres Aktionsradius erst die Nutzung des öffentlichen Raumes ermöglicht und damit erst die Voraussetzung für ihre gesellschaftliche Teilhabe, vor allem aber für ihre tägliche Selbstversorgung schafft, wächst mit der demografischen Entwicklung.

Die Beauftragten sind deshalb auch der Überzeugung, dass es einer deutlichen Ausweitung von Toilettenstandorten bedarf. Eine weitere Verbesserung der Toiletten selbst und die Berücksichtigung von weiteren Faktoren, wie z. B. der Umweltverträglichkeit, lässt sich nach Überzeugung der Beauftragten auch mit dem bisherigen Betreiber erzielen, ebenso wie mehr Transparenz von Einnahmen und Ausgaben für das Land Berlin.

Für Menschen mit Behinderung wird aber das verlässliche, funktionierende barrierefreie Angebot das entscheidende Kriterium bleiben. Zu diesem Kriterium liefert das Infoblatt zur Auftaktwerkstatt keinen Hinweis. Die eigentliche Problemlage, die Sicherstellung eines funktionierenden Systems, bleibt somit im Unterschied zum bewährten System auf Jahre ein Risiko mit vielen Unwägbarkeiten und wäre nur durch eine politische Entscheidung zur

Rückabwicklung des Verwaltungshandelns der früheren Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Schneider  
Landesbeauftragter für Menschen mit Behinderung  
für die Berliner Beauftragten für Menschen mit Behinderung